

Elberfelder Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Elberfelder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgesparte Petitseite oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vermittags, größeres früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 6.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Hangen und Bangen.

Mehr als die Balkanheere mit ihren kriegerischen Erfolgen halten jetzt die Londoner Delegierten mit ihrem Mangel an friedlichen Erfolgen die Welt in Atem. Just vier Wochen sind es her, daß an der Tschataldschanne das Signal: Hahn in Ruh! geblasen wurde und sich die Abgesandten der fünf beteiligten Staaten nach der englischen Hauptstadt auf den Weg machten — vier Wochen und in diesen vier Wochen ist weniger erreicht worden als man in vier Tagen, ja! in vier Stunden zu Wege bringt. Langsammer als das langsamste Schachspiel gingen die Verhandlungen von Statten und ergebnislos, mit leeren Händen, trennten sich stets die Delegierten. Dann schien man dem Frieden einen herzhaften Schritt näher gekommen zu sein, als die Türken endlich in die Abtretung eines guten Stückes von Mazedonien einwilligten. Aber da erhob sich die Klippe, an der jetzt die ganzen Verhandlungen zu scheitern drohen. Der Worte müd, wollten die Sieger endlich Taten sehen und haben deshalb der Türkei erklärt, entweder Abtretung Adrianopels, Kretas und der Negäischen Inseln an die Verbündeten, und zwar schlanzig, oder Abbruch des nutzlosen Geschwätzes und Wiederbeginn der Feindseligkeiten! Schon am Sonnabend nachmittag sollte die Frist ablaufen, binnen derer das Tischtuch zer schnitten würde, aber so wenig man bislang zusammenkommen konnte, so wenig konnte man sich so schnell trennen. Jetzt sind die Verhandlungen vorläufig abgebrochen worden, um sicher in den nächsten Tagen wieder aufgenommen zu werden.

Es ist verständlich, daß die verbündeten Balkanstaaten mit den Verhandlungen schnell zu Rande kommen wollen, denn jeder Tag Waffenstillstand reißt breite Löcher in die Finanzen und es ist nicht minder verständlich, daß sie an den oben wiedergegebenen Bedingungen festhalten, denn sie müssen einen Siegespreis mit heimbringen, der den aufgewendeten Opfern an Gut und Blut annähernd wenigstens die Waage hält. Kreta ist eine selbverständliche Siegesbeute der Griechen und gehört schon seit Jahrzehnten kaum noch zum ottomanischen Reich, die Inseln der Negäis sind fast ausschließlich von Griechen bewohnt und ihrer Abtretung an Hellas wird nicht nur von den Griechen das Wort geredet, sondern zum mindesten ebenso sehr von den Bulgaren und Serben, denn je mehr Griechenland anderwärts erhält, desto weniger greifen seine Ansprüche in die von den beiden anderen Bundesstaaten erstreckten Gebietsteile ein. Ebenso steht es mit der Unterstützung des bulgarischen Anspruchs auf Adrianopol durch Serbien. Wird Bulgarien im Osten nicht befriedigt, so sucht es sich im Westen zu entschädigen, und das kann nur auf Kosten des serbischen Freundes geschehen, der ohnehin bei der Zunahme der Beute am türzesten kommen dürfte. Wenn nun auch von ernst zu nehmender Seite eingewendet wird, daß die Bewohner Adrianopels nur zu zehn vom Hundert aus Nichttürken bestehen, so hat es mit Bevölkerungsbestimmungen in der Türkei doch seine Wurken. Ein Beispiel kann das anschaulich machen. In Mazedonien leben nach der Berechnung des dalmatinischen Serben Geptschewitsch 1 300 000 orthodoxe Serben, 300 000 mohammedanische Serben, 225 000 Türken, 220 000 Griechen, 80 000 Albaner und 50 000 Bulgaren. Der Griech Nicolaides ist anderer Ansicht, er schätzt die Zahl seiner Landsleute auf 680 000, die der Bulgaren auf 430 000, der Mohammedaner auf 620 000, der Walachen auf 20 000 und der Serben gar nur auf 10 000. Bei dem Bulgaren Kuntschew kommen wiederum die Bulgaren nicht zu kurz. Er sieht ihrer orthodoxen Gläubens in Mazedonien 1 032 000, mohammedanischen Gläubens 146 000, Türken 495 000, Griechen 211 000, Albaner 115 000 — von Serben redet er erst gar nicht. Bei solchen Widersprüchen wird wohl auch die ethnographische Zusammensetzung Adrianopels und des Vilajets, das den Namen der Stadt trägt, lediglich eine Streitfrage sein. Aber den Bulgaren kommt es gar nicht darauf an, ob die Stadt Hadrians mehr türkisch oder mehr bulgarisch ist, so wenig wie sich die Herren Bismarck und Moltke 1871 darum gekümmert haben, ob Mexik eine französische oder eine deutsche Bevölkerung aufweise. Vielmehr erklären sie, daß Adrianopol aus strategischen Gründen bulgarisch werden müsse und in der Tat würde ein türkisches Adrianopol stets einen gefährlichen Pfahl im Fleische Bulgariens bilden. Mit dem Besitz Adrianopels ist das ottomanische Reich noch immer eine europäische Macht, und die Türken aus Europa herauszudringen, war ja gerade das Ziel, als die verbündeten Balkanstaaten vom Leder zogen.

Mittwoch, den 8. Januar 1913.

20. Jahrg.

Auf der anderen Seite kann man der Türkei nicht so unrecht geben, wenn sie von einer Stadt nicht lassen will, die vom Gegner noch nicht einmal erobert ist und die für die Verteidigung Konstantinopels von erheblicher Bedeutung scheint. Schier unverständlich aber, da Moslems doch durch den Koran zur Abstinenz verpflichtet sind und unmöglich süßen Weines voll sein können, ist die hochfahrende Sprache, die sich die nach allen Regeln der Kunst verfeilten Herren Osmanen wieder angewöhnt haben. Fanfaronaden vor geschlagener Schlacht sind schon etwas Unerfreuliches, aber die hohle Renommisterei eines auf der ganzen Linie Verprügelten reicht zu heiterstem Lachen hin. Wie soll man es anders quittieren als mit homerischem Gelächter, wenn etwa ein Organ der Jungtürken, das vor Kumanowo und Kirklisse von den Balkanstaaten als von den „vier ungerrten Kindern der Türkei“ geschrieben hatte, jetzt prahlend verkündet:

Was man den Bevollmächtigten der Balkanstaaten nicht so leicht durchgehen lassen kann, ist das Wort „Sieger“, das sie bei jeder Gelegenheit auf unser Land anwenden. Zunächst aber ist der Sieg, mit dem hier geprunkt wird, bei weitem nicht so vollständig, wie es Europa glauben machen wollen. Den Titel Sieger kann man sich nur beilegen, wenn der Gegner zur Ohnmacht, zur Unmöglichkeit, das Feld zu behaupten, gebracht ist. Das ist keineswegs der Fall und die imposanten ottomanischen Streitkräfte an der Tschataldschanne beweisen das Gegenteil. Auch waren bei Einstellung der Feindseligkeiten und bei Abschluß des Waffenstillstandes nicht die Türken, sondern die Verbündeten die Besiegten, denn dem Kriege wurde nach einer Reihe eislicher Niederlagen der serbisch-bulgariischen Armee vor Tschataldscha Halt geboten. Auch seitdem hat das Glück der Waffen keineswegs den Verbündeten gefächelt, weil sowohl bei Skutari wie bei Janina alle Kämpfe mit dem Rückzug und zum Teil mit der ungeordneten Flucht der Montenegriner und Griechen endeten. Man sei deshalb etwas leiser und zerreiße uns nicht jeden Augenblick das Trommelfell mit dem Schrei: „Wir sind die Sieger! Ihr seid die Besiegten!“ Letzen Endes glauben wir die Delegierten der Verbündeten daran erinnern zu müssen, daß es zwei Arten von Siegen gibt: die materiellen Siege und die moralischen Siege. Nun gut, wenn man ihnen auch das Recht zubilligt, zu sagen, daß sie materialiell den Sieg davongetragen hätten, moralisch sind doch sie die Besiegten, sind sie vollkommen zerstört!

Ein kostbares Muster für alle, die irgendwo und irgendwie trumm und lahm geprügelt werden: sie fühlen sich als die „moralischen Sieger“ und humpeln stolz erhobenen Hauptes herum.

Dass die Jungtürken ihr Mündwerk am meisten aufreihen, ruht daher, daß sie die äußersten Schwierigkeiten benutzen möchten, um sich wieder zur Herrschaft emporzuschwingen: darum bilden sie den Sauerteig der Kriegspartei. Aber in den entscheidenden Kreisen wird wohl die Vernunft die Oberhand behalten und man wird nicht aufs Neue die eisernen Würfel über den Plan rollen lassen, sondern trotz des bevorstehenden Abbruches der Verhandlungen sich auf die Vermittlung der Mächte verlassen. Auf diesen Großmächten ruht jetzt ein Stück furchtbare Verantwortung. Werden sie, die in jedem Stadium dieser Krise schmählich versagt haben, endlich einmal nicht verlagen und dem Frieden eine Gasse bahnen? Oder werden sie, so unsfähig wie ohnmächtig, den Dingen ihren Lauf lassen und, indem sie einen neuen Balkankrieg mit neuen Schrecknissen nicht zu hemmen vermögen, Europa abermals in die Gefahr eines weit furchtbaren Krieges hineinschleudern, von der befreit es eben erst erleichtert aufgeatmet hat.

Die Hyänen des Weltkrieges schleichen mit lüstern funkenden Lichtern um den St. James-Palast und Europa schwert in Hangen und Bangen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Maßnahmen gegen die Spionage.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, ist von einer Abänderung des Spionagegesetzes vom 3. Juli 1893, die eine Zeitlang aus Anlaß der bekannten Fälle zur Diskussion stand, Abstand genommen worden, nachdem die Heeres- und Marineverwaltung Anträge auf eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht gestellt haben. Dagegen sind Abänderungen und Ausgestaltungen der Paragraphen des neuen Strafgesetzbuchs, die auf diese Materie Bezug haben, in Aussicht genommen, zu welchem Zweck Vertreter der Heeres- und Marineverwaltung zu den Beratungen der Kommission, die im Reichsjustizamt tagt, hinzugezogen sind. Zur Erörterung der Fragen ist eine besondere Kommission gebildet worden, die jetzt bereits die vierte Sitzung abgehalten hat. Im allgemeinen soll eine erhebliche Verhärting der bisherigen Bestimmungen vorgeschlagen werden.

Ein neuer Sozialistentöter im Saargebiet.

Das Amt des Oberschärmachers des rheinischen Industriegebiets, des am 16. Dezember 1912 verstorbene Dr. Alexander Tille, wird nicht länger verwaltet sein. Zu seinem Nachfolger wurde der Syndikus der Chemnitzer Handelskammer Dr. Schlenker gewählt. Dr. Tille war ein rücksichtsloser Gegner der modernen Arbeiterbewegung. Herr Schlenker, der nur kurze Zeit an der Chemnitzer Handelskammer gewirkt hat (seit Juli 1909), hat dort reichlich Gelegenheit gesunden, sich den Scharfmachern dringend zu empfehlen. Sein Hass gegen die Sozialdemokratie steht seinem Vorgänger im Saarrevier sicherlich nur um weniges nach. Seine Stellung zur modernen Arbeiterbewegung veranschaulicht treffend die Rede, die er jüngst bei der Einweihung des neuen Handelskammergebäudes gehalten hat:

„Wir wissen“, so führte er aus, „dass es eine Richtung gibt, die behauptet, die bisherige Entwicklung der Industrie sei geschaffen durch die Handkraft der Lohnarbeiter. Das die Beschäftigung der Arbeiter erst eine Folgeerscheinung ist der Tätigkeit des Unternehmerstandes, der den Arbeitern die Gelegenheit zur Beschäftigung verschafft und der in Wirklichkeit als die treibende Kraft zu all den gewaltigen Schöpfungen und Erfolgen unseres wirtschaftlichen Lebens auszuüben zu werden verdient, wird in diesen Kreisen gesellschaftlich übersehen.“

Wir behaupten, und das kann Herrn Schlenker nicht unbekannt sein, daß Arbeit alle Werte schafft: Kopf und Hand arbeiten! Im Gegensatz zur Faulheit der Aktionäre, die nichts anderes zum Gedanken des Unternehmers beitragen, als daß sie die Gewinne einstreichen, die die Arbeiter (Kopf- und Handarbeiter!) alle, deren Arbeitskraft im Dienste des Kapitals steht, geschaffen haben. Was wir wollen, ist, daß dem arbeitenden Teil des Volkes der Erfolg seiner Leistungen zu teil werde, und nicht dem nichtarbeitenden Kapitalbesitzer. Vor der Intelligenz eines Privatunternehmers, der sozial denkend in großzügiger Weise sein Werk betreibt, zieht der sozialdemokratische Arbeiter den Hut; dem bloßen Geldbesitzer aber, der kein Verdienst am Werke hat, dessen einziges Streben dahin geht, hohe Gewinne aus der Arbeitskraft anderer herauszuwirtschaften, wird die Sozialdemokratie immer derb die Wahrheit sagen und auch jedem Syndikus, der dieser Sorte von Unternehmern im Kampf gegen die Arbeiterschaft Beistand leistet.

Mit dem Amte des Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken übernimmt Dr. Schlenker auch das Amt des Generalsekretärs des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie, der Südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, des Arbeitgeber-Verein des Saarindustrie und des Südwestdeutschen Verbandes zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen. Als Nachfolger des rheinischen Sozialistentöters Tille wird Herr Dr. Schlenker auf dem Gebiete der Arbeiterbekämpfung seine Talente voll entfalten können. Doch auch die Arbeiterschaft wird ihren Mann stehen; sie ist in Kämpfen groß geworden und wird auch vor dem neuen Syndikus der Kapitalisten die Segel ganz gewiß nicht streichen.

Die katholischen Pfarrämter im Dienste des Zentrums.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen Belege für den innigen Zusammenhang, der zwischen dem Zentrum und den katholischen Pfarrämmtern besteht. Die Adresse sieht folgendermaßen aus:

Zentrumsfraktion
des deutschen Reichstags.

An das
hochwürdige katholische Pfarramt
X...sing. Bay.

Geschrieben ist nur die Ortsadresse, alles andere ist bereits vorgedruckt, woraus sich ergibt, daß diese Kuverts wohl für alle Pfarrämter Deutschlands verwendet werden. Der Inhalt des Kuverts bestand aus zwei Schreiben. In dem ersten weist der zweite Vorsitzende der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags, Adg. Dr. Schaefer, darauf hin, daß im Verlag der „Germania“ eine kleine Schrift, bezeichnet „Sesuitengesetz und Bundesrat“, herausgegeben im Auftrag der Zentrumsfraktion, erscheinen wird. Das zweite Schreiben empfiehlt den Pfarrämmtern, für möglichst weite Breitung der Broschüre Sorge zu tragen und hebt besonders hervor:

„Im Januar wird die Zentrumsfraktion den Antrag auf Auhebung des Sesuitengesetzes im Reichstag wieder einbringen. Ein Erfolg dieses Vorgehens wird wesentlich unterstützen können, wenn sich bis dahin der Unmut über die ungerechte Behandlung des katholischen

deutschen Volksteils, die in der Aufrechterhaltung und Handhabung dieses Gesetzes liegt, in möglichst zahlreichen Protestkundgebungen äußert.“

Der Sendung lag außerdem eine bereits vorgedruckte Postkarte bei, auf welcher der Pfarrer nur die Anzahl der Exemplare eintragen braucht, die er zu beziehen beabsichtigt. Damit hatte das Zentrum gleich eine Kontrolle darüber, ob die einzelnen Pfarrer auch ihre Schuldigkeit getan haben und bei dem Einstuß, den die Zentrumsfraktion bei hohen katholischen Würdeträgern hat, konnte sich jeder Pfarrer von vornherein darüber klar sein, daß es sein Schaden nicht sein werde, wenn er eine eifrige Werbefähigkeit nicht nur für die Verbreitung der Brodschäre entfalten würde, sondern auch dafür, daß die katholische Volksseele rechtzeitig und ganz gewaltig zum Kochen gebracht wird. Das Zentrum bestreitet sonst immer, eine konfessionelle Partei zu sein, die Art jedoch, wie die katholischen Pfarrämter vom Zentrum als Vorspann für die Zentrumsache benutzt werden, beweist wieder einmal, wie wenig die Behauptungen des Zentrums der Wahrheit entsprechen.

Zur Finanzminister-Konferenz,

die vor einigen Tagen in Berlin stattfand, wird der „Straßburger Post“ offenbar offiziös geschrieben: „Wir sind von zuständiger Seite ermächtigt, zu erklären, daß von einem Scheitern der Verhandlungen nicht die Rede sein kann. Auf Grund des Meinungsaustausches, der unter den Finanzministern stattgefunden hat, geht nämlich das Reichsschäfhamt jetzt an die Ausarbeitung einer Steuervorlage, für den Bundesrat und Reichstag. Neben den Inhalt verlautet noch nichts, man wird aber kaum irren in der Annahme, daß mehrere Steuerpläne zu einer Vorlage verbunden werden, wie denn ja auch die Entschließung des Reichstags eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer verlangte Die Finanzminister haben für ihre Regierungen vorläufig völlig freie Hand vorbehalten, da es ja nicht zuletzt auf die Ausgestaltung der Vorlage ankommt, auf Einzelheiten, die auf die Finanzverteilung in den Bundesstaaten möglicherweise einen größeren Einfluß ausüben, als sich jetzt schon voraussehen läßt. Jedenfalls wird der Bundesrat seine Zusage, bis zum 30. April cr. die Besitzsteuervorlage an den Reichstag zu bringen, erfüllen Es verneigt sich von selbst, daß den Bundesstaaten, die sich zumeist in keiner glänzenden Finanzlage befinden, nichts Unbilliges zugemutet werden kann. Die einfachste Lösung der Besitzsteuerfrage wäre freilich die Erbschaftsteuer, aber diese wird wohl in der von der bürgerlichen Linken gewählten Form nicht enthalten sein, da sie dann von der Rechten und dem Zentrum abgelehnt werden würde Ob der Reichstag sich in dieser Session noch mit der Besitzsteuervorlage beschäftigen wird, dürfte von der Entwicklung der Reichsfinanzen bis zum Abschluß des laufenden Rechnungsjahres (1. April) abhängen. Diese Entwicklung ist bisher so günstig gewesen, daß eine Mehreinnahme über den Etatvorratlag von mindestens 50 Millionen Mark zu erwarten ist Angesichts der Einnahmestützung im Reihe erscheint die Besitzsteuerfrage weniger dringlich als man bisher anzunehmen veranlagt war. Ihre Lösung im Reichstage wird daher möglicherweise erst in der nächsten Wintertagung in Angriff genommen zu werden brauchen. Kommen muß die Besitzsteuer — als notwendiger Ausgleich für die Belastung der minderbemittelten Klassen durch die Finanzverteilung des Jahres 1909.“

Der Kampf um das Mandat.

Geschäftsliche Steuerung des Betriebes mit Zielvolumenplänen

Hier die Form des Prozesses im Falle der
Bedenk- und Abwehr, fast zu Worten im Rechtsgericht
abgehandelt werden kann, die es um das Urtheil bestreitet,
wie der Beschuldigte mit Verhältnissen gehandelt zu
rechnen ist. Unter der Form der verdeckten Rücksicht
findet dieses nicht die Bedeutung mehr, die das
Urtheil hat. Da der Prozess gegen den Beschuldigten besteht, so kann
dieser nicht die inhaltlichen Verhältnisse auf den
Sachverhalt beziehen können, aber ob ausgängig die Frage
der Freiheit des Beschuldigten ist. — Was steht die Be-
richterstatter an diesem Sachverhalt erfüllt haben, wird der

26 *Journal of Management Education*

„Herrn des Einlaudes.“
Wenn die Sozialdemokratie in ihrer Freiheit und im
Frieden ihre Kritik am Staatsfeind hat, kann sie die mit
ihrem Vertrag verbundene, bei ihr von dieser Kritik die Unter-
stützung des Staates verloren haben und damit sind die Sozial-
demokraten auch dann als Freunde des Friedens be-
zeichnet worden. Derartige Freunde kann man natürlich nicht
genau so wie jene der Sozialdemokratie zum Frieden
durchsetzen, nicht das allgemeine zu tun. Schließlich
heben die Freunde des Friedens die Freiheit der Schwei-
fenden und nicht etwa eine, von einer nachdrücklichen Kritik
an der Staatskraft der bewaffneten Kräfte zu lösen und nicht
die bestreitbare Tatsachlichkeit der gewaltigen Unterwer-
fungsfreiheit der von dem Staatsfeind besetzten Gebiete will,
sondern der sozialdemokratischen Freiheit, welche sie nicht durch

wesen. Das müßte leßthin sogar von der mitunter offiziös bedienten „Allgemeinen Armee-Korrespondenz“ festgestellt werden, die darauf hinwies, daß man in Frankreich annahme, die deutsche Armee sei nicht gerüstet, was in der Scharfmacherpresse immer wieder darauf hingewiesen wird, daß es an den nötigen Maschinengewehren fehlt. Der Ausdruck „Agenten des Auslandes“ würde also aller Form auf die journalistischen Sachwalter der Armeesiegeranten angewendet werden können. In der genannten Korrespondenz wird nun aber dem Verlangen nach einer Vermehrung der Maschinengewehre recht unverblümmt entgegengetreten. Es wird nämlich ausgeführt:

"Man darf nun den Wert der Maschinengewehre nicht überschätzen. Sie sind gewiß eine vorzügliche Waffe, die unter Umständen von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Aber sie allein verbürgt noch lange nicht den Erfolg. Auch ihr haftet, wie jeder Feuerwaffe, Nachteile an. Berücksichtigt man ferner, daß leicht Störungen im Mechanismus eintreten, daß Verluste in den gut ausgebildeten Schützen sich nur schwer wieder ersetzen lassen und daß bei weniger gut ausgebildeten Leuten die Ergebnisse sofort bedeutend herabstürzen, so sieht man ohne weitere ein, daß von dem Vorhandensein zahlreicher Maschinengewehre allein der Erfolg einer Schlacht nicht abhängen kann." Was hier gesagt wird, ist zweifellos zutreffend. Aber auf die Kriegstreiber wird das wenig Eindruck machen, denn sie wollen unter allen Umständen Maschinengewehre verkaufen, wie ja die ganze Besorgnis und die Schlagsfertigkeit der deutschen Armee diktiert ist von den Bestrebungen, immer mehr Mordwerkzeuge an die Armeen verkaufen zu können, nicht damit Deutschland geschützt wird, sondern damit der Geldbeutel der patriotisch besetzten Aktionäre gefüllt werden kann.

Wahlkompromiß zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen in Elberfeld-Barmen.

Am Montag abend hielten die Nationalliberalen s
wohl wie die Freisinnigen in Elberfeld und Barmen
zwei Versammlungen ab, in denen sie sich über das Wahl
komitee für den kommenden preußischen Landtag
wählen verständigten. Beschllossen wurde die Ausstellung
gemeinsamer Kandidaten; von den beiden Elberfeld-Ba
mer Mandataten soll eines den Nationalliberalen und ein
den Freisinnigen zufallen. Jede Partei trägt die Hälfte
der Wahlkosten. Den bisherigen Abgeordneten soll die
Kandidatur wieder angeboten werden.

Kulturarbeit in Elsass-Lothringen

Die Parteiführer der bürgerlichen Parteien Elsaß-Lothringens wurden am Dienstag abend zum Statthalter zu einer Audienz befohlen, wo sie der Reihe nach bei Statthalter vorgelassen wurden, um über die Bevölzungsvorlage und die augenblickliche politische Lage Elsaß-Lothringens zu verhandeln.

Kathleen

Zum Abbruch der Verhandlungen der Friedenskonferenz. Die „Kölnische Zeitung“ bringt am Dienstag abend folgendes offiziöse Telegramm aus Berlin: Man war auf den Abbruch der Verhandlungen gespannt gewesen. Der Balkanbund hat es aber für angemessen gehalten, einen so schroffen Schritt nicht zu unternehmen, sondern die Verhandlungen der Konferenz lediglich zu suspendieren. Damit ist der Fortgang des Handels bis auf weiteres hinter die Kulissen verlegt. Nun mehr ist die Reihe an den Großmächten, mit nachdrücklichen Bemühungen einzutreten. Das Vorgehen der Großmächte soll sich gleichzeitig in Konstantinopel und in London abspielen. In Konstantinopel werden die Beschlechter auf die Pforte einwirken, in London die Botschaftsversammlung auf die Delegierten der Türkei. Der Zweck der Einwirkung ist, zu verhindern, daß irgend einer Weise die Feindseligkeiten wieder eröffnet werden. Die Nachricht aus Sofia, daß Schüki Pascha der Verteidiger von Adrianopel, den Zusammenschluß einer türkisch-bulgarischen Kommission angezeigt habe, wäre von großer Bedeutung, wenn sie als Vorboten von Konsultationsverhandlungen zu erklären wäre. Bisher hat Schüki Pascha daran festgehalten, daß er Adrianopel nur aussiefern könne auf Grund eines ihm dazu ermächtigenden ausdrücklichen Befehl des Sultans. Ein solcher Befehl ist nicht erteilt worden und wird von den Sulten nicht erteilt werden, da der Sultan bei allen sonstigen politischen Entwickelungen, die er zu überwiegeln gedenkt, gerade in der Frage des Besitzes von Adrianopel mehrheitlich mit Erfolgen hervorgetreten ist, daß Adrianopel türkisch bleiben müsse. Auf jeden Fall kann man sagen, wenn die oben erwähnte Nachricht sich bestätigt, daß das Vorfahren Schüki Paschas auf Kommissionsverhandlungen darauf schließe, daß Adrianopel am Ende seiner Widerstandsfestigkeit angelangt ist oder in kurzer Zeit

Aus Githen und Rathargebieten

Winterdi. 20. S. Janus.
Silberkästchen abrechnen! Genossen, die Eintrittskarten
für die Silberkästchen im Vorortfest vertrieben haben, werden erachtet,
die möglichst noch im Laufe dieser Woche in

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern Abend eine arbeitswissenschaftliche Generalversammlung ab. Diese war durch die vom Chemnitzer Parteitag beschlossene Verlängerung des Geschäftsjahres — das fünftig nicht mehr am 31. August sondern am 30. April enden soll — und die dadurch bedingte Statutenänderung notwendig geworden. Vor Eintreten in die Tagesordnung erläuterte die jetzt besetzte Verantwortung das Reberlein der verstorbenen Genossen Sponer und Grottau und Tarczew in der üblichen Weise. Hierauf erläuterte der Parteileiter Genosse Stromme die Abrechnung zum 1. Quartal. Die Einnahmen betrug 5779,29 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf 5625,78 Mk.; darunter für allein 2050,03 Mk. für die Agitation enthaltene Einnahme und Ausgabe bilanzierten mit 1429,17 Mk. Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins war am 1. Januar auf 561 gestiegen. Die Abrechnung wurde genehmigt. Hierauf folgte die Aenderung des Organisationstatuts bestimmt, daß in den §§ 5, 7, 8 und 9 statt Januar 1901 gesetzt wird. Die Aenderung wurde ohne Debatte beschlossen. Dann hielt Genosse Meyer einen Bericht über das Streikrecht im Bergbauabschluß. Er erkannte

„Wie alle menschlichen Einrichtungen in wirtschaftlichen Ursachen ihren Grund haben, so wird auch die Rechtsordnung bestimmt durch die jeweiligen wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft. Die Rechtsordnung des gegenwärtigen Staates ist daher der Ausdruck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die darin gipfelt: Schutz den Besitzenden, Abwehr der Besitzlosen. Darin liegt der Zweck des Strafrechts. Daraus erklärt sich auch weiter, daß das einzige Rechtszut der überwiegenden Mehrzahl der Menschen, die menschliche Arbeitskraft, schutzlos gelassen worden ist. Was im einzelnen als Verbrechen oder Vergehen angesehen wird, ist nach Ort und Zeit verschieden, zum Beispiel die Gotteslästerung und die Majestätsbeleidigung. Redner geht kurz auf die Rechtsverhältnisse der alten Juden und Römer ein, sowie auf die Rechtsauffassungen heidnischer Völker, z. B. den Greisenmord in Polynesien. Das am schärfsten zu schuhende im Kapitalistenstaat ist neben dem Angeführten, die Angriffe auf den Besitz. Je höher die Wegnahme eines Hutes oder je höher die Angriffe auf die Stützen des Kapitalistenstaates, desto höher die Strafe. Wer den Reichskanzler beleidigt, kommt mit einer Geldstrafe weg, wer den Kaiser beleidigt, muß eventuell auf Gefängnis rechnen, aber wer S. M. den Streikbrecher angreift, der fliegt sicher ins Kittchen. Redner erläutert dann die Begriffe Diebstahl, Betrug, Einbruch, Raub und Mord. Auch in der Vergangenheit habe es ähnliche Rechtsbegriffe gegeben. Im römischen Recht waren die Sklaven und Hörigen auch schutzlos. Im kanonischen Recht hat die Kirche das Strafrecht über Geistliche und Laien. Dann wurden die barbarischen Strafen der peinlichen Gerichtsordnung Karls V. und die der Halsgerichts- und Inquisitionsordnungen kurz gestreift. Das Fortschreiten der Kultur brachte Aufblühen des Kapitalismus und damit besonders die Vergehen gegen das Eigentum und die Grundlage dieser Wirtschaftsordnung. Daher die Sozialistengesetze in Deutschland und Österreich, daher auch die Gesetze und Verbote gegen die Gewerkschaften in fast allen Kulturstaten. Die Strafgesetze wurden von den Besitzenden gemacht und daher natürlich auch nur deren Interesse darin wahrgenommen. Wohl haben die Volksbewegungen in den einzelnen Staaten manches gebessert, aber die Tendenz sei doch erhalten geblieben. Das sehen wir sowohl in den Schöffens- als auch in den Geschworenengerichten. Von den letzteren werden die Arbeiter fast gänzlich ferngehalten, in den erstenen zieht man sie nur selten als Konzessionsschulzen hinzu. Trotzdem wollten uns die Strafrechtslehrer glauben machen, daß Zweck und Rechtsgrund der Strafe theoretisch einwandfrei zu begründen ist. Man urteilt bei uns nach der Vergeltungstheorie, die auf Kant fußt und den Bestraften abschrecken will oder nach der modernen Zwecktheorie, die bessern will und die namentlich durch Professor von Litz vertreten worden ist. Im großen und ganzen handele es sich dabei um Spiesereien, denn der Zweck der Strafe bleibt bei beiden die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung und die Stützung der Besitzenden. Daraus ändert selbst die sogenannte Freirechtsbewegung der Fortschrittler nichts, die der gegenwärtig tagenden Revisionskommission unseres Strafgesetzes in den Arm fallen will. Kein Wunder, wenn weiteste Volkskreise mit unserer Rechtsprechung unzufrieden sind. Aus zahllosen Urteilsbegründungen ist die Weltfremdheit der Richter ersichtlich. Sie vertreten das Klasseninteresse, sind vielfach Mitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und der Zweifel an ihrer Unparteilichkeit ist leicht erklärlisch. Daher auch das große Kapitel der Klassenjustiz. Die Reform unseres Strafrechtes ist also notwendig. Ehe Redner auf den neuen Entwurf eingeht, schildert er die Entstehung des gegenwärtigen Strafgesetzbuches, das am 1. Januar 1871 in Kraft trat und das beinahe an der vorgesehenen Befestigung der Todesstrafe gescheitert wäre. Mit 118 gegen 81 Stimmen wurde damals im norddeutschen Reichstag die Todesstrafe abgelehnt. Bismarck drohte deshalb auf das Gesetz zu verzichten. In der dritten Lesung fielen dann eine Anzahl Liberale um und die Todesstrafe wurde mit 127 gegen 119 Stimmen beibehalten. Dann ging der Referent auf die verschiedenen Modelle ein, die im Laufe der Jahre beschlossen wurden, die aber immer dem Strafrecht seine Tendenz ließen und die auch ins neue Strafgesetzbuch übernommen werden sollen, weshalb die Strafrechtskommission auch keinen einzigen Arbeitervetreter enthält. Redner schildert dann den wesentlichen Inhalt des Strafgesetzbuches, die Haupt- und Nebenstrafen, den dolus eventualis und führt aus dem praktischen Leben zahlreiche drastische Beispiele an, die den Widersinn der Rechtsprechung dokumentieren. Vor allen Dingen geißelte er die Inwendung der Strafparagraphen gegen die Arbeiterbewegung, die ein direktes Ausnahmerecht gegen die Arbeiter darstellen. Auch die §§ 152 und 153 der Gewerbesordnung wurden einer scharfen Kritik unterzogen. S. zt. habe der sächsische Senat das Streikpostenstehen verboten, obwohl es im § 152 erlaubt ist, so daß er vom Reichsgericht korrigiert werden müsse. Aber gerade die zahllosen Urteile der Klassenjustiz haben der Sozialdemokratie Hunderttausende neuer Anhänger zugeführt. Und der Entwurf der Strafrechtskommission verschärft zum Teil noch die Rechtsprechung gegen die Arbeiter. Man wolle das Koalitionsrecht noch weiter einschränken und das Streikrecht nicht nur den Eisenbahnmännern sondern allen Arbeitern des öffentlichen Verkehrs, also auch den Gas- und Elektrizitätswerkern nehmen. Fast wörtlich habe man das kanadische Gesetz Briands abgeschrieben. Aber den Schuls, den Strand den Verkehrsarbeiten durch die Schiedsgerichte und Oberschiedsgerichte bietet, habe man ganz weggelassen. Das sei der „Fortschritt“ der deutschen Blüthaber. Dann verschärft man den Straftätigungsparagraphen. Auch die in Verhandlungen erfolgte Ausstezung zum Streik soll mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft werden. Streitende sollen dem Arbeitshaus zugeführt werden können. (Lebhafte Proteste.) Ferner solle das summarische Verfahren von England übernommen werden. D. h. ein Einzelrichter soll sofort nach der Ueberredung oder dem Bergesen den Angeklagten bis zu 3 Jahren verdonnern können, ohne Zeugenverhör. Das Recht des Angeklagten schrumpft also zur Wehrlosigkeit zusammen. Aber während in England ein Angeklagter nur mit Einwilligung summarisch abgeurteilt werden kann, hat es die deutsche Strafrechtskommission anders beschlossen. Dazu sei im Strafollzug hartes Lager und Entziehung warmer Luft vorgeschrieben. Die Arbeiter seien also, daß das deutsche Volk vielleicht vor einem Wendepunkt steht, wie er seit Gründung des Reiches noch nicht da war. Ein dauerndes Ausnahmerecht soll geschaffen werden. Die Arbeiter sollten statt mit Ruten, mit Störpionen gezüchtigt werden. Schon in wenigen Monaten kann der Entwurf an den Reichstag kommen. Schwere Kämpfe werden im Parlament vorkommen und außerhalb des Parlamentes muß das Volk durch Agitation und Organisation zum Protest ausgerüstet werden. Redner schloß mit den Worten Vassalles: Strebt nach der Macht, dann erlangt ihr das Recht! (Lebhafte Beifall.)

Der Punkt „Verhiedenes“ gab Gelegenheit zu manigfacher Kasparhe. Zunächst wurde gerünscht, daß in Zukunft die Weihnachtsbücherausstellung eine reichhaltigere und gediegener sei möge, eventuell sei zu erwägen, ob man nicht auch die Leiter dafür interessieren könne. Genosse Stellings gab Auskunft über die Hemmnisse, die sich in diesem Jahre bei wünschenswerten Ausgestaltung der Ausstellung in den Weg gestellt haben. Schrift kritisirt wurde die Tatsache, daß am Silvester im „Volksboten“ ein Gratulationsinkret erscheinen könnte, das die Verhöhnung eines führenden Ge-

Scher in der Parteidruckerei das Inserat veranlaßt hätte, daß über Maßnahmen getroffen würden, derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten. Ferner wurde es bedauert, daß noch die Hinterbliebenen von Parteigenossen den Pastoren in Inseraten öffentlich den Dank für ihre Worte am Grabe bestreiteten auszusprechen. Das sei nicht sehr geschmackvoll. Genoss Brohm wies darauf hin, daß für die Verbreitung des Arbeitersführers, eines außerordentlich wichtigen Buches, gejagt werden möchte, das durch das Parteisekretariat zu beziehen ist. Schließlich wurde noch gewünscht, daß über die Genossenschaftsfrage und auch über das Demonstrationsrecht in Parteiveranstaltungen einmal referiert wird.

In Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Februar 1912 beim hiesigen Steuerbüro ein: Einkommensteuer 37 084,77 M., Wertzuwachssteuer 8 760,— M., Grundsteuer 10 200,80 M., Eisenbahnsteuer — M., Gewerbesteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 32 941,09 M., Bebauungsabgabe 10 863,63 M., Stempelabgaben 10 228,80 M., Schiffssababen 44 755,96 M., Gewerbesteuer 197 782,40 M., Filialsteuer 2 728,18 M., zusammen 295 290,18 M., gegen 273 307,58 M. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1912 mehr 21 982,55 M. Von 1. April bis Ende Dezember insgesamt 4 775 263,17 M. ein gegen 4 576 404,49 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 1912 mehr 198 858,68 Mark.

Ein Bein abgesägt wurde am Sonnabend auf dem Moislinger Rangierbahnhof dem Wagenschieber Lübeck. Das Unglück ereignete sich beim Rangieren. Man mußte das linke Bein oberhalb des Knies amputieren.

Handelsregister. Am 7. Januar 1913 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Lesser u. Linnemann, Berlin, Zweigniederlassung Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Dr. W. G. Lesser ist alleiniger Inhaber der Firma. Den Kaufleuten Hugo Sluzewski in Wien und Max Lesser in Berlin ist erneut Prokura erteilt.

Konkursveröffnung. Über das Vermögen des Bäckermeisters K. W. Kawen in Lübeck, An der Mauer 39, ist am 7. Januar 1913, nachmittags 12 Uhr 50 Minuten das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Rehder in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

ph. Diebstahl. In der Nacht vom 26. zum 27. vor. Mts. ist in einem hiesigen Café ein schwarzer Ebenholz-Spazierstock mit gebogener fiberner Krücke abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Die Altkunst im Stadthallen-Theater lädt, wie man uns schreibt, nunmehr, seitdem einige Mängel beseitigt sind, selbst auf dem hintersten Platz nichts mehr zu wünschen übrig. Desgleichen ist das Theater allabendlich aufs beste geheizt, sodoch das zahlreiche Publikum, das durch das Berliner Ensemble-Gastspiel angezogen wird, in jeder Beziehung zufrieden mit dem Gebotenen das Haus füllt. Morgen, Donnerstag, gelangt zum erstenmal der pittoante Schwant „Die Welt ohne Männer“ zur Aufführung. Jedermann sollte sich diese neue Darbietung des Ensembles morgen ansehen.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Der große künstlerische Erfolg, den Gertrud Sewalt, die erste, und bis jetzt noch unerreichte Coadaftstellerin des Hamburger Operette-Theaters anlässlich ihres Gastspiels bei unserer Erstaufführung der Operette „Eva“ am 1. Januar, hatte, veranlaßte die Direktion die Künstlerin noch einmal und zwar für die nächste Sonntagsvorstellung zu verpflichten. Weiter ist es der Direktion gelungen die K. K. Hofoperettängerin Hedwig Francilla-Kaufmann vom Stadttheater in Hamburg für ein einmaliges Gastspiel in „Rigoletto“ zu Montag, dem 13. d. Mts. zu gewinnen. Hedwig Francilla-Kaufmann ist ein erklärter Liebling des großen Publikums und neben der Kammerjängerin Frieda Hempel-Berlin wohl die bedeutendste Koloratursängerin Deutschlands. Beiden Gastspielen dürfte wohl ein lebhafte Interesse entgegengesetzt werden.

Arbeitsrat. Eine Landarbeiter-Verbandsversammlung fand hier am Sonntag statt. In derselben wurde H. Bauer jun. zum Kassierer gewählt. Die übrigen Beratungen waren interner Natur.

Gutin. Der Landesausschuß für das Fürstentum Lübeck, der Montag in Gutin zusammenrat, beschäftigte sich mit einer Reihe wichtiger wirtschaftlicher Pläne. So stimmte er einstimmig dem Anschluß des Fürstentums Lübeck an die Lübecker Überlandzentrale zur Versorgung mit elektrischer Kraft zu. Auch die Aufnahme einer Linie bis zu 700 000 M. wurde beschlossen. Weitere bewilligte der Landesausschuß 50 000 M. à fonds perdu für den Bau der Nebenbahn Travemünde-Niendorf, mit dem bereits begonnen worden ist. Die Bahn soll zum 1. Juli den Betrieb eröffnen. 180 000 M. wurden ferner zum Aufkauf von Aktien und zum Gründervertrag für die Bahnlinie in den Staat eingesetzt. Man hofft, die Bahnlinie Schwartau-Neustadt von Preußen so rasch gebaut zu sehn, daß sie Anfang 1915 vollendet ist und ferner, daß auch die Bahnlinie Gutin-Bösauer Winkel-Segeberg-Hamburg in den maßgebenden Kreisen Preußens die freundlichste Beurteilung erfahren hat. Endlich bewilligte der Landesausschuß auch noch eine Summe zu Vorarbeiten für die Bahnlinie Ahrensburg-Gnissau und Mittel zur Inaugurierung des Baues von sechs neuen Chausseestrecken. Die Mittel zu all diesen Bauten erhält das Fürstentum durch die Stempelsteuer, deren Beitrag zu 2% in die Landesverbandskasse zum Bau neuer Verkehrswegen fließt.

Hamburg. Riesenunter schlagnungen. Der Notar Dr. Becker ist nach Unfalluntersuchungen und nach bedeutenden Unterschlagungen, die auf 450 000 Mark beziffert werden, seit einigen Tagen verschwunden. Heute gelangte von Dresden aus an die hiesige Staatsanwaltschaft ein Schreiben, in dem er seine Verfehlungen zugibt und erklärt, daß er in den Tod gehen wolle. Das Bureau ist amtlich geschlossen worden. — Der neue Direktor des Deutschen Schauspielhauses. In der gestrigen Aufführungssitzung des Deutschen Schauspielhauses Hamburg wurde der Intendant des Meininger Hoftheaters, Hofrat Max Grube zum künstlerischen Leiter als Nachfolger Karl Hagemanns gewählt.

Pirnaeberg. Ein Raub der Männer wurde Dienstag mittag das umfangreiche landwirtschaftliche Gewese des Hofbesitzers Hinrich Wulff in Nellingen. Das Feuer soll in der Küche ausgebrochen sein. Vieh und Material wurden größtenteils gerettet.

Niel. Auf einer neuen Mordtat läßt ein Leichensfund schließen, der Dienstag bei der Levensauer Hochbrücke nahe der Böschung am Südufer des Kanals gemacht worden ist. Einem Schachtmeister war eine sogenannte Kippkette abhanden gekommen, wovon er seine Frau, die ihn heute mittag das Essen brachte, in Kenntnis setzte. Die Frau machte ihn darauf aufmerksam, daß eine solche Kette unweit von der Stelle, wo sie sich befanden, lag. Als der Schachtmeister die Kette holen wollte, bemerkte er in der Nähe einen Haufen frisch aufgeworfener Erde und unter demselben die nur teilweise bedeckte Leiche eines 18jährigen Arbeiters, dem die Schädeldecke mit einem anscheinend stumpfen Messer eingeschlagen war. Da es sich überdies um einen sehr ordentlichen Menschen handelt, der sich 80 Mts. erspart hatte, so liegt der dringende Verdacht vor, daß es sich um einen Raubmord handelt. Die Kriminalpolizei nahm sofort die Nachforschungen mit Hilfe eines Polizeihundes auf, der seine Begleiter nach der Knooper Arbeitsbaracke führte und dort einen Kanalarbeiter verhelle, der vorsichtig in Haft genommen wurde. Man nimmt an, daß die Tat schon am Sonnabend morgen vollbracht worden ist, da man damals Hilferufe vernommen hat, die man jedoch nicht beachtete, da Brügeln täglich vorfallen und Hilferufe nicht selten sind. — In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung fand die Bildung der städtischen Kommissionen statt, sowie die Wahl des Stadtverordneten-Vorstechers, auf die man sehr gespannt war, da zum erstenmal die Sozialdemokraten mit gleicher Stimmenzahl vertreten sind wie die Bürgerlichen. Es kam jedoch ein Kompromiß

zustande, auf Grund dessen der bisherige Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Ahlmann mit 44 Stimmen wieder gewählt wurde, wohingegen das bisher von Zustand Döring verehrte Amt desstellvertretenden Vorstechers an den sozialdemokratischen Stadtverordneten Rindfleisch fiel.

Bremen. Christliche Arbeitswillige sind die Dienste. Die Speicherarbeiter der Rolandmühle in Bremen sollten nach Anordnung der Direktion nach Beendigung ihrer Tageszeit noch 8—10 Stunden arbeiten, um die Stille zu machen. Sie erklärten sich dazu bereit, trotz der übermenschlichen Anforderung, wenn für die Zeit ein entsprechender Lohnzuschlag bezahlt werde. Das lehnte die Direktion ab und machte durch Anschlag bekannt, daß jeder entlassen werde, der die verlangte Arbeitsleistung nicht ausführe. Um 6 Uhr abends machten die Arbeiter, 36 Mann, einmütig Feierabend; zur selben Zeit erhielten sie aber auch ihre Entlassung. Bei der sofort vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband eingeleiteten Verhandlung wurden die Differenzen zugunsten der Arbeiter geregelt und dabei noch die Abschaffung der Aktdarbeit durchgesetzt; die Entlassenen wurden wieder eingestellt. Bei der Verhandlung erfuhr aber der Vertreter der Arbeiter von der Direktion, daß inzwischen der christliche Arbeitersekretär Hartwig persönlich in der Rolandmühle gewesen sei und 15—18 brauchbare Arbeiter angeboten hätte. So versuchten christliche Arbeitersführer die berechtigten Ansprüche der Arbeiter durch Arbeitswilligen-Lieferung zu hintertreiben.

Theater und Musik.

Im Stadttheater wurde gestern abend Wagners „Tannhäuser“ wiederholt. Den Landgrafen sang diesmal Herr Olafal vom Leipziger Stadttheater als Guest auf Engagement. Der Künstler scheint stimmlich befähigt zu sein; in den wenigen Tagen, die der Landgraf im ersten Akt zu singen hat und die wir nur mit anhören konnten, klängt sein Organ sowohl in der Mittellage als auch in der Tiefe sonor und voll. Dagegen mangelt seinem Gesang und auch seiner Darstellung, soweit von einer solchen geredet werden kann, die innere Anteilnahme. Ob Herr Olafal für unsere Bühne in Betracht kommt, müssen weitere Gastspiele zeigen, die über sein Können Aufschluß geben.

P. L.

Handels- und Marktmittheiten.

Hamburger Sternschanz-Biehmarkt vom 7. Januar.

Auftrieb 7300 Schweine. Markt mäßig rege. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenlebender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd. Tara 20 Proz. 81,— bis 81,— (64,— bis 65,50 M.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd. Tara 20 Proz. — bis 80,— (— bis 64,50 M.) Mittelware, von 200—240 Pfd. Tara 22 Proz. 80,— bis 81,— (62,— bis 63,— M.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd. Tara 22 Proz. 80,— bis 81,— (62,— bis 64,50 M.) Geringe Ware, Tara 24 Proz. 72,— bis 79,— (57,50 bis 62,50) M. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz. 77,— bis 78,— (62,50 bis 64,—) M. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70,— bis 76,— (56,— bis 59,50) M.

Briefkasten.

2 Streitende. Die Anstellung von Kutschern und Lagerarbeiten erfolgt auf Grund eines tariflichen Abkommens durch den Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Es ist wiederholt zu unserer Kenntnis gelangt, daß unsere Gläser, welche geleert, jedoch noch mit unserer Etikettierung versehen, seitens der Kundschaft an die Händler zurückgegeben, mit einem Kunsthonig erneut gefüllt, und unter unserer Marke

„Bienenfleiss“

in den Handel gebracht worden sind. Wir haben vorderhand von einer strafrechtlichen Verfolgung Abstand genommen, machen aber darauf aufmerksam, daß wir eine solche in weiteren Fällen beantragen würden.

Gleichzeitig geben wir einem verehrlichen Publikum davon Kenntnis, daß unsere Gläser seit längerem mit einem Verschluß-Schutzstreifen versehen sind. Ohne solche oder mit verletzten Schutzstreifen versehene Gläser wolle man zurückweisen.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir noch darauf hin, daß unser Honigprodukt **Marke „Bienenfleiss“** kein Kunsthonig mit Zusätzen von Kartoffelmehl, Buttermilch, Stärke oder Kartoffelsirup, von minderwertigen ausländischen Honigarten, chemischen Farbstoffen, Honig-Oel, -Essenz und -Aroma ist, sondern unsere Marke

218

„Bienenfleiss“

enthält nur garantiert reinen deutschen Bienenhonig und feinste Raffinade.

Lübeck, im Januar 1913.

Karl Häuer & Co.

Verkauf
lebender Buff
(Stieg 80 Pf.)
am Donnerstag, d. 9. Jan.
von vormittags 8 Uhr ab
200) an der
Holstenbrücke, Eufiner
Brücke, Hörsterstorbrücke
und Struckfähre.

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
Lampikern-
Brennerei Lustekur.
Glasscheiben
Oscar Tauchnitz, Fenzierglos-
Süßest, Hörsterstor-Mühle 13
handlung.
Ein Parfümerie-Schrank für
Barbiets und eine Sicherheit
zu verkaufen.
(210)
Dantwarsarnde 4. Laden.
Wachsjamer Hund,
Abt. Legef. Rattenfänger, abzugab.
(201) Strelledorf, Dorfstr. 36.

Einiges trockenes
Buchen-Absalzhölz
ab Fabrik 50 Pfg. und frei Haus
1 M. pro Sac.
F. E. Schacht & Co.
Tel. 239. Moislinger Allee 41.
Nähmaschinen,
sämtliche Systeme, geg. Wochen-
oder Monatsraten. (176
Gust. Kath, Sandstr. 14.
Emilie Bay,
Königgr. 61.
Fabrik 1811. Markhallenland 46.
Jeden Donnerstag verkaufe in
Schwarau auf dem Marktplatz
J. L. Würzburg, Wahnsit. 22a.
Frische Seeſchleſe alter Art.
frisur von 40 Pf. ex (816)

Reedede
Gegen Gutscheine bis Ende 1913
zuf 20 Pf. 1 ff. Dr. Blees- oder
goldplattierte Daxen - L. Kette
220 BSW.
Schumann u. Wille, Wittenberge.

Inventur-Ausverkauf

bekannt erstklassig verarbeiteter

Herren- und Knaben-Garderobe.

Streng reell!

Ganz enorme Preisermässigungen!

Keine Partiewaren!

Ulster und Paletots

ein- u. zweireihig, mod., sowie solide Fassons, frühere Preise 19.00 bis 78.00 M.

jetzt 10⁰⁰ 19⁰⁰ 28⁰⁰ 36⁰⁰ 43⁰⁰ 52⁰⁰

Loden-Joppen

warm gefüttert, glatte u. moderne Faltenfassons, frühere Preise 6.50 bis 38.00 M.

jetzt 4⁰⁰ 7⁰⁰ 11⁰⁰ 17⁰⁰ 21⁰⁰ 25⁰⁰

Buckskin-Hosen

halbare Stiapazierstoffe sowie elegante Streifen, frühere Preise 2.75 bis 14.00 M.

jetzt 1⁹⁵ 2⁹⁵ 3⁹⁵ 4⁹⁵ 5⁹⁵

Herren-Anzüge

schicke mod. Formen in eleganter Verarbeitung, frühere Preise 18.00 bis 67.00 M.

jetzt 12⁰⁰ 17⁵⁰ 22⁰⁰ 29⁰⁰ 37⁰⁰ 44⁰⁰

Knaben-Anzüge

häbsche Blusen-, sowie auch Schul- u. Norfolk-Fassons, früh. Preise 3.50 b. 26.00 M.

jetzt 2⁰⁰ 4⁰⁰ 6⁰⁰ 9⁰⁰ 12⁰⁰

Pyjacks und Paletots

blau u. farbig, solide Formen und weite Ulster, frühere Preise 4.50 bis 28.00 M.

jetzt 3⁰⁰ 4⁷⁵ 6⁰⁰ 8⁵⁰ 11⁰⁰ 17⁰⁰

Phantasie-Westen

regulär 3.00 bis 15.00 M.

jetzt 1⁹⁰ 2⁰⁰ 3⁰⁰ 5⁰⁰ 7⁰⁰

Herren- u. Knaben-Mützen

regulär Wert 50⁴⁸ bis 3.50 M.

jetzt 25⁴⁸ 50⁴⁸ 95⁴⁸ 150

Kragenschoner

regulär 50⁴⁸ bis 3.00 M.

jetzt 25⁴⁸ 50⁴⁸ 75⁴⁸

Oberhemden

regulär 3.50 bis 6.00 M.

jetzt 1⁷⁵ 2⁷⁵

Krawatten

regulär 75⁴⁸ bis 2.50 M.

jetzt 40⁴⁸ 75⁴⁸ 95⁴⁸

Russenkittel u. Faltenkleidchen

regulär Wert bis 9.00 M. jetzt 2.00 M.

Wir bitten um Beachtung unserer Schaufenster!

— Knaben-Leibchenhosen —

regulär Wert bis 2.50 M. jetzt 95⁴⁸

Jedes Stück wird gern herausverkauft!

Spille & v. Lüthmann

Grösstes Spezialhaus für Herren-, Jünglings- und Knaben-Moden.

(21)



Gesangverein „Eintracht“.

Gross. Maskenball

am Sonntag, dem 2. Februar 1913

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Saalöffnung 5 Uhr.

Anfang 6 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Um 8 Uhr: Großer Maskenzug.

Demaskierung 12 Uhr.

Sämtliche Aufführungen finden präzise von 6-8 Uhr statt.

Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und 12-4 Uhr.

Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pf., eine Dame frei.

Eintrittspreis für Fremde 80 Pf. pro Person.

Karten sind zu haben: Kluth, Gewerkschaftshaus, Wittfoot, Huxstraße 18,

F. Lender, Huxstraße 94, H. Grevesmühl, Fischergrube 24, Karl Dose,

G. Ehlers, Huxstraße 110 und bei sämtlichen Komiteemitgliedern.

Karten für Mitglieder werden nur vom Boten, H. Hümöller, Alistraße 31, bis zum 1. Februar und Sonnabends von 9-10 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Masken-Garderobier: Gust. Will, Wahmstraße 71.

Masken-Anzüge sind im Lokale zu haben.

Das Komitee.

Sozialdemokratische Frauen.

Versammlung
am Donnerstag, 9. Januar
abends 8^{1/2} Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52

Zugehörige Vereine:
1. Erwähnung vom 4. Januar 1912
2. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Frauenwahlkampf
3. Erwähnung vom 10. Januar 1912
4. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
5. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
6. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
7. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
8. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
9. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
10. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
11. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
12. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
13. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
14. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
15. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
16. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
17. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
18. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
19. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
20. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
21. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
22. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
23. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
24. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
25. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
26. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
27. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
28. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
29. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
30. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
31. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
32. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
33. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
34. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
35. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
36. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
37. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
38. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
39. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
40. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
41. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
42. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
43. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
44. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
45. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
46. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
47. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
48. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
49. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
50. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
51. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
52. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
53. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
54. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
55. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
56. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
57. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
58. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
59. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
60. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
61. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
62. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
63. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
64. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
65. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
66. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
67. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
68. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
69. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
70. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
71. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
72. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
73. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
74. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
75. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
76. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
77. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
78. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
79. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
80. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
81. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
82. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
83. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
84. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
85. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
86. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
87. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
88. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
89. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
90. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
91. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
92. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
93. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
94. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
95. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
96. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
97. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
98. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
99. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
100. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
101. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
102. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
103. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
104. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
105. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
106. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
107. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
108. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
109. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
110. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
111. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
112. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
113. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
114. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
115. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
116. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
117. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
118. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
119. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
120. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
121. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
122. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
123. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
124. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
125. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
126. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
127. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
128. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
129. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
130. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
131. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
132. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
133. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
134. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
135. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
136. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
137. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
138. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
139. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
140. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
141. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
142. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
143. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
144. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
145. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
146. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
147. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
148. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
149. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
150. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
151. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
152. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
153. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
154. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
155. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
156. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
157. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
158. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
159. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
160. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
161. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
162. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
163. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
164. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
165. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
166. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen für den Wahlkampf
167. Sozialdemokratische
Arbeiterinnen

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Uf. 6.

Mittwoch, den 8. Januar 1913.

20. Jahrg.

Parteitag der preußischen Sozialdemokratie.

Man ist gewöhnt, daß die sozialdemokratischen Parteitage auf einer anderen Höhe stehen, als ähnliche Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien. Man stellt aus diesem Grunde auch schon weit höhere Ansprüche an die sozialdemokratischen Parteitage. Über den Preußentag muß gleichwohl gesagt werden, daß insbesondere der zweite Verhandlungstag auf einer außergewöhnlichen Höhe stand. Die Vormittagsitzung wurde fast vollständig ausgefüllt durch Verhandlungen über die Landarbeiterfrage. Eine Reihe sehr sachverständiger Redner marschierte auf und schilderte die Lage der Arbeiter und machte Vorschläge zur Abhilfe dieses Elends. Insbesondere die Gen. Höfer, der selbst Grundbesitzer in Ostpreußen ist, Katenstein, Hende-Frankfurt a. M., Paus usw. gaben ihre Erfahrungen zum besten und machten Vorschläge zur Hebung der Lage der Arbeiter unter den Arbeitenden. Die Genossin Ziegel hatte sich zur Aufgabe gestellt, besonders die Kinder- und Arbeiterinnenausbeutung zu schützen und entsprechende Vorschläge daran zu knüpfen. Nach einem vorläufigen Schlusssatz des Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes Schmidt wurde die von der preußischen Landeskommision vorgelegte Resolution mit einigen Verbesserungen angenommen.

Nunmehr trat der Parteitag in die Beratung der Wahlrechtsfrage ein. Gen. Hirsch füllte die Vormittagsitzung noch mit seinem Referat aus und sprach bis nachmittags um 4 Uhr. Er bekämpfte nachdrücklich die von Eisner und Bernstein gemachten Vorschläge, die dahin gehen, schon bei den Wahlen die Liberalen zu unterstützen, um möglichst die Mehrheit der Konservativen zu brechen. Hirsch stellt sich rücksichtslos auf den Boden der bereits veröffentlichten Resolution, die er in allen Teilen verteidigte und erweiterte.

Bei Beginn der Diskussion waren circa 20 Redner eingezeichnet, sodaß auch der Mittwochvormittag noch vollständig von der Erörterung der wichtigen Frage in Anspruch genommen werden durfte. Die große Zahl der Redner, die bisher zum Worte gekommen sind, so die Genossen Gewehr, Borchardt, Ströbel, Dömann-Frankfurt a. M. und Haberland wandten sich nachdrücklich gegen den Versuch, die sozialdemokratischen Wähler schon bei den Wahlen an den Karren der Linksliberalen zu spannen. Dagegen stellte sich insbesondere Gen. Bernstein auf die andere Seite, er verteidigte eingangs seiner längeren Ausführungen Eisner, erklärte aber dann, daß er seitens Vorschlägen nicht beizutreten vermöge, er wolle nur haben, daß Stichwahlhilfe nicht von der Gegenleistung abhängig gemacht werde. Ein ähnlicher Standpunkt kommt zum Ausdruck in einer Resolution der Magdeburger Genossen, die ausführlich begründet wurde durch die Genossen Klüske und Dr. Kosberg. Beide betonen, daß es am besten sei, eine ganz kurze oder gar keine Resolution anzunehmen und der Landeskommision vollständig freie Hand zu lassen. Die Stimmung des Parteitages ist so, daß an der Annahme der Vorschläge der Landeskommision kaum zu zweifeln ist. Gegen 7 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen.

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(32. Fortsetzung und Schluß.) (Nachdruck verboten.) „Einen Strickereder und Sozialdemokraten.“ antwortete Frau Meyer, „einen Aufwiegler und Unruhestifter. Seitdem er sich als solcher entpuppt hat, will unsere liebe Hermine nichts mehr von ihm wissen.“

Hermine schwieg; der Professor aber rief:

„Sie wird dem Manne treu bleiben, dem sie ihr Wort gegeben!“

„Und wird eine Viertelmillion wegen des Tischlergesellen verschmähen und Betteln gehen!“ rief spöttisch Frau Meyer. „Gehen Sie, Professorchen, solch eine tolle Idee kann nur in einem vertrödelten Gelehrtengehirn auftauchen!“

„Aber ich hab ihn hab!“ meinte Hermine lächlich, während ihr dicke Tränen über die Wangen rannen.

„Armes Kind!“ entgegnete Frau Meyer mit schmeichelnder Stimme und strich ihr über das Haar, „Sie sind übermäßig und erregt von all den Schicksalsschlägen. Es greift die Nerven an, wenn man jemanden, den man so lieb gehabt, plötzlich durch den Tod verliert. Beruhigen Sie sich und denken Sie nicht mehr an den Tischlergesellen, sondern an das Vermögen und das Glück, das Ihrer harrt. Ach ja, die Menschen lagen alle dem Glück nach und man kann es so einem unternehmenden jungen Tischler nicht übel nehmen, wenn er einmal nach einer reichen Partie ausschaut und denkt, Coupons abschneiden sei auch angenehmer als hobeln und sägen. Er wird sich eine Sachen müssen, die etwas weniger hat, als die liebe Tante aus hinterlassen hat. Ach, so eine Tischlersfrau, Welch ein häusliches Dasein!“

Sie zog eine Zeitung hervor.

„Sehen Sie, in seiner großen Rede“ fuhr sie fort, „als er die Arbeiter des Herrn Geheimen Kommerzienrats aufgezeigt, hat er es ja selber gesagt; er hat ja ziffermäßig beschrieben, was in so einem Tischlerhaushalt ausgegeben wird. 168 Mark für eine Wohnung; in zwei Stübchen mit einer Küche muß da die ganze Familie hausen; kein Parkett, kein Empfangsalon, nackte Wände und zerbrochene Fensterscheiben. Dazu im ganzen Jahr 84 Mark für Kleidung für die ganze Familie — ach, mein Hermchen, wo bleiben da die Frühjahrs- und Herbsttoiletten, die neuen Hüte, die Wintermäntel, die Regenmäntel, die Abendmäntel, die Handschuhe, die Sonnen- und Regenschirme, die Spitzentürröcke, die Spitzenskleider, die kleinen Strümpfe und die Stießchen mit Glanzleder! 84 Mark und dafür auch noch die Rangen kleiden!“

Hermine schlug die Hände vors Gesicht.

„Dann für die Haushaltung, für Eisen und Trinken will er im ganzen sechshundert Mark ausgeben im Jahr und da sollten der Vater, die Mutter und die Rangen satt werden. Da ist der Schnalhans Küchenmeister und da heißt es altes Kalbfleisch zu Sonntagsbraten nehmen oder ein Kärtchen, wie der Lindenschmitz so schön gesagt hat. Haha! Das Kärtchen! Aber wo bleiben die schönen gebratenen Sachen, das Roastbeef, das Beefsteak, die Hammelkoteletts, der Rehbraten, der Hirschkoteletts, der Schweinebraten, der Kalbsbraten? Wo bleibt die Gänseleberpastete mit Trüffeln? Wo bleibt das Geißfleisch, die Gänse, die Enten, die Hähnchen? Wo bleibt der

Gewerkschaftsbewegung.

Streik im Berliner Fliesenlegergewerbe. Die im Bauarbeiterverband organisierten Fliesenleger forderten von den Unternehmern eine geringe Lohnhöhung. Statt einer Lohnzulage legten die Unternehmer den Arbeitern eine neue Arbeitsordnung zur Unterschrift vor, die statt einer Lohnzulage einen Abzug von 2 Mark pro Woche enthielt. Die Arbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung ab, die mit 435 gegen 14 Stimmen beschloß, Montag früh die Arbeit nicht wieder aufzuführen. Der Unternehmerverband der Fliesenlegergewerbe Berlins und Umgebung hat eine allgemeine Aussperrung angeordnet, für den Fall, daß die Arbeiter die vorliegende Arbeitsordnung nicht unterschreiben. Die Versammlung beschloß, ohne eine Erhöhung der Stundenlöhne auf den Abschluß des Tarifvertrages nicht einzugehen und die einseitig von den Unternehmern herausgegebene Arbeitsordnung nicht anzuerkennen. Nur Abwehr der verschlechterten Arbeitsbedingungen werden die Arbeiter die Arbeit so lange ruhen lassen, bis die neue Arbeitsordnung von den Unternehmern zurückgezogen wird und der Unternehmerverband erklärt hat, auf der Grundlage der am 6. November gestellten Forderungen zu verhandeln. Die Konjunktur im Gewerbe ist eine sehr gute; die Ausstattung moderner Geschäftsräume mit Nacheln hat in Groß-Berlin in den letzten Jahren großen Umsatz angenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Verhandlungsfähigkeit. Heute sollte vor dem Berliner Schwurgericht die Verhandlung gegen den Schlosser Trenckler stattfinden, der den dreifachen Raubmord in der Alten Rathstraße verübt. Der Gesundheitszustand Trencklers, der schwer krankenleidend ist, hat sich aber in der letzten Stunde drastisch verschärft, daß die Gerichtsarzte eine Verhandlung für unmöglich erklären.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Grubenunglüx auf der Zeche Osterfeld. Wegen Beleidigung der Reviersteiger von Zeche Osterfeld hatte sich am Sonnabend der Vorsitzende des Steigerbandes, Werner, vor dem Schöffengericht in Bochum zu verantworten. Werner hatte in einem, im Bochumer Volksblatt veröffentlichten Artikel die Zustände auf jener Zeche geschildert, die als direkte oder indirekte Ursache des Unglücks zu betrachten seien: Große Überanstrengung der Steiger durch strafweise Doppel- und Überstichten, bei Minderförderung strafweise Extradienit an der Leibbank bei unreiner Kohle, Übermüdung, ungenügende Kontrolle der Wetter. In diesem Zusammenhang war von modernem Sklaventum gesprochen worden. (Die Gutshofshütte, die Besitzerin der Zeche Osterfeld, ist durch ihr rücksichtloses Vorgehen gegenüber ihren organisierten Hütten- und Grubenbeamten ganz besonders bekannt geworden.) Während sonst die Zechenverwaltungen bei jeder Gelegenheit mit ebenso umfangreichen wie krampfhaften Befriedigungen aufzuwarten pflegten, waren es diesmal die Steiger, in deren Interesse der Artikel in erster Linie geschrieben worden war, die mit einer Berichtigung aufwarteten. Werner behandelte in einem weiteren Artikel diese Berichtigungen und hob hervor, daß der Druck auf den Zechen ein so großer

sei, daß dadurch die Steiger zu unrichtigen Berichtigungen und somit zur Unmoral gezwungen würden. Darauf klagten 21 Steiger gegen Werner wegen Beleidigung. Staatsanwalt und Gericht hatten ein öffentliches Interesse als vorliegend erachtet. Und siehe da, die vier von der Verteidigung geladenen Steiger sagten nach mancherlei Verlegenheiten aus, daß sie nicht wußten, wodurch sie sich eigentlich beleidigt fühlen. Zwei sagten, daß sie die Berichtigung bezw. den Strafantrag für nötig gehalten, weil sie sonst in den Verdacht kommen könnten, daß sie die Zuträger Werners gewesen seien. Der Steiger Schäfer, der bei dem Unglüx schwer verletzt worden ist, sagte auf die Frage, wer denn die Berichtigung ausgeübt habe, nach einigem Zögern, daß habe er zuzulagen allein gemacht, nachdem sein Bruder ins Krankenhaus gekommen und ihm gesagt habe, daß er sich „das“ nicht gefallen lassen dürfe. Alle sagten, daß das strafweise Verfahren von Doppelschichten und an der Leibbank keine Strafe sei, Schäfer sagte sogar, es sei sehr interessant. Das war jetzt dem Vorsitzenden zu viel, der zwar diese Maßnahmen für ganz selbstverständlich hielt, weil sie doch im Interesse des Betriebes lägen, der aber meinte, daß sie doch immerhin als Strafe anzusehen seien. Und auch der Amtsankwalt kam einem Zeugen, der sich abmühte, glauben zu machen, daß diese entwürdigende Behandlung nicht als solche oder als Strafe aufgefaßt würde, zu Hilfe, indem er sagte: Na eine Strafe sei es ja wohl, aber es läge doch im Interesse des Unternehmers, der konkurrenzfähig bleiben wolle. Bei der Vernehmung eines anderen Zeugen über den gleichen Punkt entdeckte der Vorsitzende sogar, daß doch auch der pädagogische Wert solcher Maßnahmen beachtet werden müsse. Einer der Zeugen, der die Sache der Berichtigung und des Strafantrags in die Hand genommen, mußte zugeben, daß er vorher mit einem Vorgesetzten über die Sache gesprochen, daß dieser ihm den Entwurf für die Berichtigung gemacht und daß der Betriebsinspektor ihm gesagt habe, es sei der Zechenverwaltung angenehm, wenn etwas geschiehe. Auch das Verlangen der Zeige, daß die Steiger aus dem Verband austreten sollten, hielt der Vorsitzende für durchaus erklärlich. Als ein zweiter Zeuge der Verteidigers, weshalb er aus dem Verband ausgetreten sei, ausweichen wollte, sagte der Vorsitzende zu dem Zeugen, er nehme ohne weiteres an, daß ihm der Austritt nahegelegt worden sei. Das gab dem Zeugen den Mut, zu sagen: „Wir sind ausgetreten, weil wir mußten!“ — Obwohl die Richtigkeit der tatsächlichen Angaben des ersten Artikels im wesentlichen erwiesen worden ist, obwohl insbesondere erwiesen und vom Gericht und Amtsankwalt als wahr unterstellt wurde, daß die berechtigten Maßregeln eine Strafe, daß der Austritt aus dem Verband erzwungen, daß die Berichtigungen mit Hilfe von Zechenbeamten aufzutragen, hielt das Gericht dennoch eine Beleidigung für vorliegend. Unter Berufung des Schutzes des § 193 (Werner war in den Berichtigungen angegriffen worden) verurteilte es Werner nach ganz kurzer Beratung dem Antrage des Amtsankwaltes gemäß zu 50 Mt. Geldstrafe. Es mag noch bemerk werden, daß das Gericht den Antrag der Verteidigung auf Ladung des Fahrsteigers und des Betriebsinspektors, die über ihre Mitwirkung an der Berichtigung wie über die Kosten des von einem Rechtsanwalt angefertigten Strafantrages und ferner über die Mitwirkung der Preßzentrale des Zechenverbandes aus sagen sollten, abgelehnt hat. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Lachs, der Salm, der Hecht, der Zander und die Forelle? Wo bleiben die Spargeln, die frischen Erbsen und all die zarten jungen Gemüse? Wo bleibt das Dessert? Wo bleibt der Wein? Der Rheinwein, der Bordeaux, der Burgunder? Gutes Herminken — ja, Kartoffeln und Zichorienbrühe — ach, wie sind die Leute zu bedauern!“

Der Professor seufzte.

„Ja,“ fuhr sie fort, „und dabei müssen sie hart arbeiten, Mann und Weib, denn sonst können sie nicht bestehen. Die Kinder schreien und die Frau muß sich selber mit den Bälzern plagen, statt auf Bälle, in Konzerte, in's Theater zu gehen. Sie muß selber scheuern und sagen; da kriegt sie rote, schwielige Hände und für Glaces wird nichts ausgegeben. Die Frau soll auch etwas verdienen und muß für andere Leute Dienste tun, wenn die Bälzer beruhigt sind. Wenn dann schlechte Zeiten kommen, wenn der Mann streift und nichts verdient, oder wenn er den Lohn verkauft? So kann es gehen. Das ist nicht der Himmel auf Erden. Und das ist auch recht so, denn wenn sie es besser hätten, dann würden sie zu begehrlich; sie möchten dann alles haben und da ginge die ganze Weltordnung aus den Augen!“

Hermine sagte noch immer nichts.

„Es ist freilich grausam für den armen Tischlergesellen,“ fuhr Frau Meyer fort, „aus einem schönen Traum so plötzlich zu erwachen. Bei allem dauert er mich ein wenig, der junge Mann!“

„Er wird auf seinem Recht bestehen,“ brauste der Professor auf.

„Nun ja,“ meinte Frau Meyer gleichmäßig, „der arme Mensch ist am Ende so verrückt und nimmt die ganze Geschichte so sehr ernst, daß er wegen gebrochenen Eheversprechens — ach, Ehegelübdes sagt man! — auf's Gericht läuft. Das gäbe immerhin einen Skandal, der überflüssig ist. Ich denke, wir zahlen dem Mann ein anständiges Schmerzensgeld; damit kann er die Stadt verlassen und die Welt steht ihm offen. Meinen Sie nicht auch, liebes Herminken?“

„Ja!“ hauchte Hermine.

Die Schilderung des Loses, das ihr an der Seite Borns vorstehen sollte, unter Berufung auf seine eigenen Angaben, hatte ihren Widerstand völlig gebrochen. Sie ergab sich in ihr Schicksal und ein Leben voll harter Arbeit und in Armut erschien dem verwöhnten Mädchen so schrecklich, daß ihr Hans Meyer schon bedeutend angenehmer däuchte.

„Sehen Sie, Professorchen,“ sprach Frau Meyer mit überlegener Fronte, „ich habe gleich gewußt, daß das gute Kind viel vernünftiger ist, als Sie geglaubt haben!“

Der Professor hatte wie erstaunt dagesehen. Nun sprang er auf, griff nach seinem Hut und stürzte ohne Abschied zur Türe hinaus.

Hinter ihm her erscholl die Stimme der Frau Meyer wie das Hohngelächter der Hölle.

Schluf.

Sporntreisch eilte der gute Professor zu Born und stieg leuchtend die Treppen zu dessen Wohnung empor. Born sah am Tisch und schrieb. Er sah sehr blaß aus.

Hastig erzählte der Professor, was vorgefallen. Born hörte ruhig zu und unterbrach ihn auch nicht ein einziges Mal. Als der Professor geendet, blieb der Tischler erst stumm; nur war sein Gesicht noch blässer geworden.

„Wie, Sie sagen gar nichts dazu?“ rief der Professor,

der vor Erregung und Entrüstung mit den kurzen Armen in der Luft herumfuchtelte.

„Was soll ich sagen?“ entgegnete Born. „Ich bin nicht überrascht. Ich habe die Sache so kommen sehen!“

„Ach, die Kleinstädter!“ schalt der Professor. „Hätte man meinen Rat befolgt und wäre nach Berlin gegangen. Dort hätte Euch niemand gestört.“

„Sie können recht haben,“ versetzte Born. „Aber daß wir nicht nach Berlin fahren, das lag eben auch in der Sache selbst; man reißt sich so leicht nicht los.“

„Ach, nun werdet Ihr beide unglaublich!“ rief der Professor. „Und ich hätte Euch so gern glücklich geschenkt!“

„Ich werde wohl unglaublich sein,“ sprach Born traurig, „aber ich werde meinen Schmerz bekämpfen und überwinden. Hermine wird nicht lange unglaublich sein; der Reichtum wird sie um so leichter trösten, wenn sie sich vergegenwärtigt, welche Entbehrungen sie sich auferlegen müssen, wenn sie die Gefährtin eines armen Mannes geworden wäre!“

„Na,“ tröstete der Professor, „Sie sind ein tüchtiger junger Mann; Sie werden etwas aus sich machen. Nun lassen Sie sich eine tüchtige Summe herauszahlen und gründen Sie sich ein Geschäft. Vielleicht bringen Sie es auch so weit, wie der Herr Geheimer Kommerzienrat von Steinbeck!“

Born lächelte wohlmütig.

„Lieber Herr Professor,“ entgegnete er, „ich weiß kaum, wie ich Ihnen für all die Liebe und Güte, die Sie mir erwiesen, danken soll. Trotzdem bin ich so anspruchsvoll, noch eine Bitte an Sie zu richten.“

„Wie wäre?“

„Dass Sie, lieber Herr Professor, zu Fräulein Tschönen gehen und dort die Versicherung abgeben, daß ich auf eine Entschädigung wegen gebrochenen Eheversprechens verzichte und überhaupt von jedem gerichtlichen Schritte abstehe. Wenn man es wünscht, kann ich diese Erklärung schriftlich abgeben.“

Der Professor sah ihn erstaunt an.

„Warum wollen Sie denn?“ rief er ärgerlich, zu einem solchen Verlust noch eine solche Torheit hinzufügen?“

„Rennen Sie es immerhin Torheit,“ antwortete Born. „Aber ich bin zu stolz, solche Ansprüche zu erheben. Das überlasse ich Leuten, welche die Heirat als ein Geschäft betrachten!“

„Und nun?“

„Nun lehre ich an die Hobelbank zurück. Vielleicht auch wandere ich doch noch nach Brasilien aus. In strenger Arbeit suche ich Vergessenheit.“

„Ach, ich hätte Sie so gerne emporgebracht gesehen,“ seufzte der Professor. „Diese Philister haben einen tüchtigen Mann von sich gestoßen.“

„Wir sind eben alle so, wie wir aus unseren Verhältnissen herausgewachsen sind. Niemand kann aus seiner Haut heraus, wie Sie auch gesagt haben. Sie hatten recht. Hans Meyer wird kein Genie und der Herr Geheimer Kommerzienrat von Steinbeck wird kein Kavalier; Herr Silberstein wird kein Tugendspiegel und Herr Professor Mayer wird kein Staatsmann. Aber Hermine Tschönen wird Frau Hans Meyer.“

„Und Sie werden nun gewiß wirklich, was man so oft ohne Grund behauptet hat, daß Sie seien — Sie werden nun ein Sozialdemokrat!“

„Ich denke wohl!“

וְיַעֲשֵׂה יְהוָה כָּל־אֲשֶׁר־יֹאמֵר

Mittwoch, den 8. Januar 1913.

३८८

Der Schmuggler.

Bon Wilhelm Winter.

Wuß der Straße, die sich von Rumänien durch den Roten-Turm nach dahinzieht, wanderte brummend, schwelend und drohende Gefährden suchselnd der Zigeuner Tafö Moßowon seiner Heimat, dem siebenbürgischen Dorfe Gerechel, zu. Er bewohnte dort eine kleine, häufällige Hütte, in die alle Ritterungsauswüchse ungehindert Einlaß fanden. Tafö ertrug diese Unbiläden mit unglaublicher Gangmut, er flüchte höchstens dazu und mache für alles Ungemach den Himmel und die Heiligen, die Hölle und deren Sülfen verantwortlich; aber es fiel ihm nicht im Schlaf ein, die durch Koffenbrüche und Windeszeile angerichteten Schäden selbst auszuheilen, und vertraute diese Arbeit der göttlichen Bebung an.

Tafö sollte er sich mit etwas abmühen, für das ihn niemand bezahlte? Ueberdies war er festen daheim, denn das Schmiedehandwerk, das er gelegentlich ausübte, vermochte ihn, wie er behauptete, nicht zu ernähren. Tafö beschaffte aber eine Dimpia (Grüge), mit der er viel Geld verdiente, natürlich auf Betrugsweg, und so lebte er in einer Art von Reichtum, der ihm die Freiheit gab, sich in Rumänien zu bewegen, wo er sich auf die Jagd stellte, oder auf dem Lande nach Schätzen zu schauen, oder in den Städten nach Gold und Silber zu suchen.

umor mit dem Leben. Etwas grausam wirdlich, wenn er eine 20 Zentimeter lange Nähnung eines Damenbeines als reizendes leicht „Bein in schwarzen Strumpf mit volant“. Der Strumpf ist natürlich durch Seidenvolant erhöht selbstverständlich noch nünen, in die Waden des Madchen mit hineinzupielen.

Die Fabrikant kennt offenbar die Bedürfnisse, das gern gehabt scheinen will und auch etwas übrig hat: für die Mutterkunst der Geburt der Hausschreie.

Seifereß.

Schärmepolizei. Nach einer alten Berliner Sitte zeigt mit einer Schärmehürze bedeckter Stuhl vor einem Scherlader an, daß in ihm füllige Blut- und Geberwurst haben ist. Die neue Berliner Etrophenordnung verbietet dies Zeichen und erzög es durch ein weißes Fähnchen. Herr von Sagan war zu dieser Maßregel aus hochpolitischen Gründen gewungen. Der Stuhl wurde an den päpstlichen Stühlen erinnert haben, eine Erinnerung, die in den gegen kritischen Zeiten vermieden werden muß. Blutwurst kommt an Blutdruck und Blutdurst an die Sozialdemokratie; eine Verherrlichung der letzteren ist aber selbstverständlich unlöslich. Die Schürze endlich erinnert an den Untergang der Unterrod an die Totheit, die bekanntlich den Krieger verdirbt; es ist aber die Aufgabe der Polizei, von Untertanen alles fernzuhalten, was ihren Charakter verlieren könnte.

Eine Zivilstrafrechtskunde. Gelswebel: Wozu haben wir allgemeine Zivilpflicht? — Rekrut: Damit wir alle unser Land verteidigen sollen. — Gelswebel: Mein! Habt ihr es gleich sozen?

1. damit Ihr alle zunächst einmal das Maulhalten lernt;
2. dem draußen habt Ihr doch immer die große Klappe;
3. damit Ihr einmal ordentlich arbeiten lernt; denn draußen habt Ihr doch immer nur gestreift und in den Kneipen rumrasteit;
3. damit auch die Drückerberger vom Zivil zum Schuh des Roterlands herangezogen werden.

(„Zugend“.)

Auch eine luge **Umfrage**. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wird der Hbg. Siebert (Rp.) bei nächster Gelegenheit die **Umfrage** an den Reichssänger richten: Wann werde ich Staatssekretär des Neukirchen?

Seiderseits. Freunden: „Denfe dir, diesen Morgen — ich war noch nicht friert —, trat plötzlich mein Bräsigant ins Zimmer. Habe ich einen Schred gefriegt!“ — „Na, der doch gewiss auch!“

Memomage. Dic n ist m ä b d c n: „Bei uns werden eben Tag vier Dutzend Küstern geessen. Gestern waren's sogar fünf Dutzend . . . Da hatten wir allerdings die Batsch- rau!“

Mißlungene Mahnung. Begegneter: „Drei Grammetspögel haben sie schon gegessen? Aber, Herr Meier, das sind doch Singespögel! — „So? Dann, Reiner, noch einen! Dann habe ich ein ganzes Quartett!“

Keramontlicher Redakteur: Johannes Stellin g.
Verleger: L. h. Sch warz. Druck: Friedr. M eyer & C o.
Sämtlich in Lübeck.

Entregung aus, das zu tun und in allen Ländern jedes Jahr einen sozialistischen Frauentag abzuhalten. Das wurde dem auch beschlossen. Es haben in Deutschland, Dänenreich, der Schweiz, Holland, Dänemark östliche Herankünften stattgefunden, aber sie waren insfern keine einheitlichen, als sie nicht in allen dieser Ländern am gleichen Tage abgehalten wurden. Dadurch wurde der internationale Charakter der Demonstration beeinträchtigt.

Die sozialistische Frauen der Vereinigten Staaten fordern nun hiermit die Genossinnen aller Länder auf, alljährlich am letzten Sonntag im Februar einen internationalen sozialistischen Frauentag zu veranstalten. Um ein und demselben Tage sollen die Sozialisten aller Länder die Frauen als gleichberechtigte Kampfgenossinnen ehren und sollen für die politische Befreiung des weiblichen Geschlechts demonstrieren, und das im Zusammenhang mit dem Kampfe um wirtschaftliche Befreiung. Wir hegen die Überzeugung, daß der Frauentag als internationaler sozialistischer Feiertag im Laufe der Zeit eine ähnliche Bedeutung erlangen wird wie der erste Mai, und daß er vielleicht noch in späteren Zeiten den Proletariertinnen aller Länder ein Gedenktag ihrer Beistung sein wird.

Eine Kritikussionskunde. Feldwebel: Wozu haben wir die allgemeine Wehrpflicht? — Refrakt: Damit wir alle unter Gute Land verteidigen können. — Feldwebel: Nein! Aber ich will es Euch sagen.

1. damit Ihr alle zunächst einmal das Maulhalten lernt;
2. damit Ihr einmai ordentlich arbeiten lernt; denn draußen habt Ihr doch immer nur gescheift und in den Kneipen rumstraucht;
3. damit auch die Drückeberger vom Zivil zum Schuhke des Waterlandes herangezogen werden.

(„Zugend“.)

Auch eine kurze Unfrage. Wie wir aus bisherer Quelle verfahren, wird der Hfg. Siebert (Rp.) bei nächster Gelegenheit die Unfrage an den Reichstagsabgeordneten Staatssekretär des Reußern?

Beiderseits. Freunden: Denke dir, diesen Morgen — ich war noch nicht frisiert —, trat plötzlich mein Bräutigam ins Zimmer. „Hab ich einen Schred gettegt!“ — „Na, der noch gewiß auch!“

Reckowfrage. Dienst im ä b d h e n: „Bei uns werden eben Tag vier Dutzend Küstern geessen. Gestern waren's noch fünf Dutzend . . . Da hatten wir allerdings die Batsch-trou!“

(Aus „Luftige Blätter“)

Mißlungene Mahnung. Begegnter: „Drei Grammetspögel haben sie schon gegessen? Aber, Herr Meyer, das sind doch Singoöl!“ — „So? Dann, Kellner, noch einen! Dann habe ich ein ganzes Quartett!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellin & Co.
Verleger: L. h. Schmarz, Drud; Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Erregung aus, daß zu tun und in allen Ländern jedes Jahr einen sozialistischen Frauentag abzuhalten. Das wurde denn auch beschlossen. Es haben in Deutschland, Dämerich, der Schweiz, Holland, Dänemark ähnliche Veranstaltungen stattgefunden, aber sie waren insfern keine einheitlichen, als sie nicht in allen dieser Ländern am gleichen Tage abgehalten wurden. Dadurch wurde der internationale Charakter der Demonstration beeinträchtigt.

Die sozialistischen Frauen der Vereinigten Staaten fordern nun hiermit die Genossinnen aller Länder auf, alljährlich am letzten Sonntag im Februar einen internationalen sozialistischen Frauentag zu veranstalten. An ein und demselben Tage sollen die Sozialisten aller Länder die Frauen als gleichberechtigte Kampfgenossinnen ehren und sollen für die politische Befreiung des weiblichen Geschlechts demonstrieren, und das im Zusammenhang mit dem Kampfe um wirtschaftliche Befreiung. Wir hoffen die Herbergeung, daß der Frauentag als internationaler sozialistischer Feiertag im Laufe der Zeit eine ähnliche Bedeutung erlangen wird wie der erste Mai, und daß er vielleicht noch in späteren Zeiten den Proletariertinnen aller Länder ein Gedenktag ihrer Befreiung sein wird.

Wir danken Ihnen für Ihre aufmerksame Auseinandersetzung mit dem "Socialistischen Frauenwahlrecht".
Die Stellung der Sozialdemokratie Deutschlands zu diesem Vorschlag präzisiert Genossin Zettlin in der letzten Nummer der „Gleichheit“ dahin:
„Wir stimmen mit den Genossinnen der Bereitwilligen Staaten ganz in der Wehrerzeugung über ein, daß der sozialistische Frauenntag den internationalen Charakter der proletarischen Frauenbewegung stark und rein zum Ausdruck bringen muß. Wer vermöchte die jündende Kraft des internationalen sozialistischen Gedankens, der Internationalen Wissensstundengebung zu unterstreichen, während noch die Bildung der Gewaltigen Friedensdemonstration des internationalen sozialistischen Kongresses zu Basel belebend durch die proletarischen Massen aller Länder flutet? Es ist auch kein Zweifel, daß ein einheitliches Datum des Frauentages in allen Staaten den Internationalen Charakter unserer Bewegung und ihrer Forderungen unterstreichen würde. Die Genossinnen in Europa haben diese Einheitlichkeit stets als ein Ziel betrachtet, aufs innigste zu wünschen. Soweit es irgend möglich war, haben sie ihre Amtshaltung an ein und denselben Tag veranlaßt. So demonstrierten im letzten Jahre die Genossinnen in Deutschland, Österreich und Holland an dem gleichen Datum. Es sind bereits Vershandlungen im Gange, daß 1913 die sozialistische Frauenvorladung möglichst auf den nämlichen Tag fällt.
Allein auch heute noch sind betreffs des Datums und der festen Bindung die Zweitmöglichkeitsgründe maßgebend, die in Kopenhagen davon absehen lassen, ein für allemal einen einheitlichen und bestimmten Tag für die Demonstration festzusetzen. Soll diese von der kommenden

—

Die politische und gesellschaftliche Organisationen Brüderlichkeit getragen werden, soll sie die breiten Massen umfassen und ihnen aus dem Geiste des internationalen Sozialismus heraus die Förderung der politischen Gleichberechtigung, der sozialen Sozialen und menschlichen Befreiung des geschlechtl. Geschlechts zu eigen werden lassen: so müssen die sozialistischen Organisationen in den einzelnen Ländern Bewegungsfreiheit bei der Fortsetzung des Datums haben... Die sozialistische Frauenbewegung ist gerade in den Ländern, wo sie die stärkste Entwicklung aufweist — in Deutschland und Österreich —, der allgemeinen sozialistischen Bewegung so zuständig, so intensiv an allen ihren Arbeiten und Kampfen beteiligt, daß das Datum jedes Jahres nur unter Berücksichtigung der allgemeinen Situation und ihrer Aufgaben für die Genossinnen und Genossen gewählt werden kann. In der Folge wird die äußere internationale Einheitlichkeit der Frauentage leider nicht immer zu erzielen sein. Gerade aber, weil dem so ist, müssen die Genossinnen aller Länder um so ernster bestrebt sein, die innere internationale Einheitlichkeit der Kundgebung festzuhalten. Der Frauentag muß es den Massen ins Bewußtsein hämmern, daß die sozialistischen Proletarier aller Länder, ohne Unterschied des Geschlechts, mit den Forderungen des Frauentages einer Einigkeit und eines Willens sind.

—

kleines Feuilleton.

—

„Militärische Unterhaltung.“

Von Zeit zu Zeit macht sich die Würthlichkeit das Vergnügen, die „Schantäle“ der „Kriegsblätter“ zu überstehen. Heute morgen flatterte uns der neueste illustrierte Katalog eines großen reichshauptstädtischen Biloutiergefäßes ins Haus.

eines Genilleton

„Musikalische Unterhaltung.“
Von Zeit zu Zeit macht sich die Witschlichkeit
durch, die Phantasie der Witschblätter zu überflie-
gen, die morgen flatterte uns vor neuer Illusirte. Sä-
mungen reichshauptstädtischen Bilouteriegeschäfte.

Südwestzeitungsgesellschaft

= = = = =

= = = = =

des Süderhafer Volksboten.

= = = = =

Mugglet.
Winter.

fuhr los und heulend daher und segte die dichten Nebel schwaden vor sich hin, sie zerstreuend und zu Sprühregen um Schneeflocken verwandeln.

Und er trieb auch den Schmied zu einem kleinen Hebe der Beine an, was diesen aber nicht hinderte, mit der ganzen schlechten Welt zu hadern. Um läterlichsten fluchte er auf die schon verlassenen Hochzeitsnäder, der ihm im schmörer Hochzeit bedeute, er möge von darmen ziehen, denn die Hochzeit sei zu Ende und der Münzamt überflügig. Und er hatte so siche darauf gerechnet, daß ihm der Hochzeitspater bei dem Hundemutter eine mindelens dreitäßige Gafffreundshaf aufdrängen werde; er hätte auch im Stall übernacht und sich nichts auf das Paradiesbett des dummen Bauern verleidt.

Wenn's wenigstens unterwegs irgendwo einen Unterhöf auf gegeben hätte. Aber nichts, rein gar nichts war zu finden. In einigen einamen Hütten pochte Toto, Einlaubegehrnd, an, aber grausame Menschen erklärten ihm mit scharren Worten, sie würden eher einen Wolf als einen Diebsto überrahchte ihn die abscheulichste Novembernacht, die vor Geiger je erlebt hatte. Als er auf der scheinburgischen Seite angelangt war, verließ er die Straße und holperete auf einem Waldsteig weiter, der den Weg fürzte und auch einiger Schuß gegen das Unwetter gewährte.

Toto mochte auf dem Pfad etwa eine halbe Stunde gewandert sein, als seine Füße plötzlich den Boden verloren. Er tollerte ein Paar Meter in die Tiefe, um tamitten eines Gebüsches zu landen.

Wo war er hingeredten? Finster war's um ihn, als ob er in einen Tod gerutscht wäre. Vor Kälte, aber noch mehr vor Angst zitterte der Zigeuner an allen Gliedern. Er rappelte sich auf, tappte vorlängig durch das Gegeige und hieß stehen. Die Dunkelheit vor ihm war undurchdringlich, fassbar, unheimlich, fürchterlich!

Zu irgendeinem Versted seines Lumpengewandes mußten sich Schweißhölder befinden. Die holt er her vor und nachte Läuft. Hor ihm gähnte der Eingang zu einer Höhle. Sächte trat der Geiger näher und warf das brennende hölzernen in das finstere Loch. Alles blieb ruhig. Nichts rührte sich. Nur der Wind heulte sein ureigenes Ringerspiel.

Dem Zigeuner schwoll der Kamm. Er fleßte sich in großartiger Höhe auf und donnerte in das dunkle Höllentor inein:

„He! Komm heraus, wenn du Mut hast, Bär oder Löwen! Ich stehe hier mit dehn Flinten, fünf Pistolen und meine Kanonen. Außerdem warten auf dich noch ein Dutzend Böseier und drei Masterlonge Schwörter! Und nun tritt her vor du elendes Strüttier, auf daß ich dich germanne in meinem nüberwindlichen Zorn!“

Als auf diese littegerische Ansprache keine Antwort erfolgte, stach er noch ein Zündholz an und leuchtete mit ausgebreitstem Arme in die Höhle, die er leicht überflissen kounte. Nichts rührte sich. Toto entnahm seinem Schnappack den Rest einer gehohlenen Sturzterze, stellte sie in Brand und untersuchte eingehend die Höhle. Sie war ziemlich geräumig, trocken und warm. Ein Haufen Stroh deutete an, daß sie benutzt wurde.

Der Zigeuner fühlte sich ganz heimisch, denn hier war er vor Sturm und Regen geborgen. Er setzte sich auf den Boden, sammte seinen für drei Personen reichenenden Mundoorat aus und schmauste drauf los, bis das letzte Frümchen vertilgt war. Dann enttornte er die bei dem Sturze untersehrt gebließene ranntweinslaſche und sieß ihren fuſeigen Trichter durch eine immer durftige Gurgel rinnen.

Hierauf stopfte er seine schmierige Bräuse mit dem „Hochstaat“, der verschmelt war und entschlich stand. Tato riempfte zwar wie ein Rohrdoß über das „Zufelsstraut“.

